

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Freitag, 11. September 2026 | Nr. 37 | 68. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Ein JA für die Friedensförderung
von *Therese Schläpfer*

Seite 2

Kanton Zürich

Schützen wir die Gemeindeautonomie
von *Andreas Keiser*

Seite 3

Aktuell

Mehr Lohn macht noch keine gute Schule
von *Tobias Weidmann*

Seite 5

Parlamentsgemeinden

Millionen für Asylunterkunft am Volk vorbei?
von *Charlotte M. Baer*

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

43. Kantonales SVP-Schiessen in Marthalen

Seite 8

DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 8. SEPTEMBER 2026

Parolenfassung für die November-Abstimmungen und klare Positionen zur Schweiz

Letzten Dienstag trafen sich 200 Delegierte der SVP des Kantons Zürich zur vierten Delegiertenversammlung des Jahres in Fischenthal. Im Zentrum standen die Parolenfassung zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 29. November sowie eine Standortbestimmung zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union.

Nach der Begrüssung durch Gemeindepräsident, Kantonsrat und Bezirksparteipräsident René Schweizer eröffnete Kantonsrat und Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber die Delegiertenversammlung mit einer politischen Standortbestimmung. Als wichtigen Erfolg würdigte er den Entscheid für ein Kopftuchverbot an den Volksschulen. Damit werde ein klares Zeichen für Integration, Gleichberechtigung und gegen die schleichende Islamisierung gesetzt. Wer in der Schweiz lebe, müsse sich an unsere Werte und Regeln anpassen – nicht umgekehrt. Angesichts der anstehenden Abstimmungen gelte es, den Einsatz für eine unabhängige, sichere und finanziell verantwortungsvolle Schweiz konsequent fortzusetzen. Domenik Ledergerber betonte: «Die kommenden Abstimmungen zeigen einmal mehr, ob die Schweiz ihren erfolgreichen Weg selbstbestimmt weitergeht

oder immer stärker auf staatliche Bevormundung setzt.»

Nein zu höheren Steuern für die AHV

Den Auftakt der Parolenfassung bildete der Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Nationalrat Martin Hübscher zeigte auf, dass die Finanzierung der 13. AHV-Rente nicht einseitig über zusätzliche Belastungen für Bevölkerung und Wirtschaft erfolgen dürfe. Statt immer neue Steuern zu beschliessen, brauche es nachhaltige Reformen auf der Ausgabenseite und eine langfristig tragfähige Sicherung der Sozialwerke. Martin Hübscher hielt fest: «Wer jedes Finanzproblem mit höheren Steuern lösen will, macht den Mittelstand zur Dauerzahlstelle.»

Die Delegierten fassten einstimmig bei zwei Enthaltungen die NEIN-Parole.

Gleichbehandlung der Ehepaare

Im Anschluss stand die Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen» auf der Traktandenliste. Nationalrat Benjamin Fischer

zeigte auf, weshalb die steuerliche Benachteiligung verheirateter Paare endlich beseitigt werden müsse. Die heutige Situation widerspreche dem Grundsatz der Gleichbehandlung und benachteilige zahlreiche Ehepaare gegenüber unverheirateten Paaren. Er fasste zusammen: «Die Ehe darf nicht länger zu einem steuerlichen Nachteil führen.»

Hierzu fassten die Delegierten einstimmig bei einer Enthaltung die JA-Parole.

Kriegsmaterialgesetz im Fokus

Nach der Pause stellte Nationalrat Mauro Tuena die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes vor. Er zeigte auf, weshalb die Gesetzesänderung aus sicherheits- und wirtschaftspolitischer Sicht notwendig ist. Die Schweiz brauche verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Sicherheits- und Rüstungsindustrie und müsse zugleich ihre sicherheitspolitischen Interessen eigenständig wahren können. Mauro Tuena betonte: «Wir müssen unsere Sicherheitsindustrie stärken, statt sie mit immer neuen Einschränkungen ins Ausland zu vertreiben.»

Die Argumente überzeugten die Delegierten: Sie beschliessen einstimmig bei drei Enthaltungen die JA-Parole.



Die Delegierten setzten ein deutliches Zeichen für Freiheit, Eigenverantwortung und eine unabhängige Schweiz.

Bild: SVP Kanton Zürich

Feuerwerk: Nein zu einem weiteren Verbot

Anschliessend erläuterte Nationalrat Bruno Walliser die Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk». Er betonte, dass die geltenden gesetzlichen Bestimmungen bereits heute genügend Möglichkeiten böten, um gegen Missbräuche vorzugehen. Ein generelles Verbot oder weitreichende Einschränkungen seien unverhältnismässig und würden unnötig in persönliche Freiheiten sowie in langjährige Traditionen eingreifen. Bruno Walliser erklärte: «Lokale Lösungen entsprechen unserem System mehr als zentralistische schweizweite Eingriffe und Verbote.»

Die Delegierten beschliessen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung die NEIN-Parole.

Rahmenabkommen: Selbstbestimmung bewahren

Zum Abschluss informierte Nationalrat Gregor Rutz über den aktuellen Stand des Unterwerfungsvertrags mit der Europäischen Union. Er zeigte auf,

welche Folgen die geplanten Verträge für die schweizerische Souveränität und die direkte Demokratie hätten. Die Schweiz müsse ihre Eigenständigkeit bewahren und dürfe ihre Entscheidungsfreiheit nicht schrittweise an die Euro-

«Die SVP setzt sich ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.»

päische Union abtreten. Gregor Rutz betonte: «Bei uns bestimmt das Volk – nicht Brüsseler Technokraten und fremde Vögte.»

Geschlossen «für eusi Lüüt»

Die Delegiertenversammlung in Fischenthal zeigte erneut eine geschlossene Partei. Mit den gefassten Parolen und dem Bekenntnis zu Freiheit, Eigenverantwortung und einer unabhängigen Schweiz hat die SVP des Kantons Zürich frühzeitig klare Positionen für den 29. November bezogen.



Marco Calzimiglia
Parteisekretär SVP
Seuzach

Noch höhere Löhne?

Lehrpersonen verdienen schon heute bis zu CHF 163'000 pro Jahr

Am 27. September 2026

NEIN

zum Lehrpersonalgesetz

Regierungsrat und 102 Gemeinden sagen NEIN



Jetzt mitmachen und Abstimmungskampagne unterstützen: www.neutralitaet-ja.ch

Kein KRIEG.  JA
zur Schweizer Neutralität



Kapitalismuskritik der Gebührensozialisten

Wer das Kulturprogramm unseres zwangsgebührenfinanzierten Radios SRF einschaltet, glaubt sich zu verhö­ren. Da plaudert Moderatorin Simone Hulliger, wohlig gebettet im warmen Nest der vorabgeführten Haushaltsabgabe, mit dem deutschstämmigen Historiker Sven Beckert. Thema sind die vermeintlichen Sünden des freien Marktes. Es riecht nach Klassenkampf, Weihrauch und Lavendeltees.

Frau Hulliger, ergriffen von der eigenen moralischen Erhabenheit, schwafelt routiniert vom baldigen, sehnsüchtig herbeigesehnten Ende des Kapitalismus. Schliesslich gipfelt ihre heilige Inquisition in der pseudophilosophischen Frage, die wohl auf jedem linken WG-Sofa als intellektueller Meilenstein gilt: «Sind wir dem System also nicht machtlos ausgesetzt?» Man möchte laut in den Bildschirm rufen: Nein, liebe Simone, du bist keineswegs machtlos! Wenn der böse Kapitalismus und seine Verwertungslogik dein sensibles linkes Gemüt so tief verletzen, dann lass doch einfach mal deine ganz persönliche Macht spielen. Zeig Haltung! Verzichte ab morgen heldenhaft und konsequent auf deinen fürstlichen Lohn, der den Schweizern per staatliche Zwangsgebühr aus der Tasche gepresst wird. Das wäre echte Systemkritik. Doch der Verzicht auf das süsse Privileg des Service public schmeckt den Salon-Marxisten dann meist doch weniger gut als der Bio-Matcha-Latte in der SRF-Kantine.

In Wahrheit – und das verschweigen die akademischen Chefideologen in ihrer Elfenbeinturm-Kultur – ist die Marktwirtschaft keine Erfindung finsterner Mächte. Sie ist zutiefst natürlich, im Wesen des Menschen angelegt. Tauschen, Handeln, Werte schaffen und das eigene Schicksal in die Hand nehmen: Das ist gelebte Freiheit. Wer das nicht wahrhaben will, sollte wenigstens die intellektuelle Redlichkeit besitzen, das verhasste System nicht ausgerechnet mit den erzwungenen Batzen der fleissigen Steuerzahler zu bekämpfen. Nun, der Kapitalismus wird den Staatssozialismus am Leutschenbach überleben. Weil selbst die radikalsten Systemfeinde am Zahltag eine funktionierende Banküberweisung zu schätzen wissen.

ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER

Ein JA zur Neutralitätsinitiative ist ein JA zur Friedensförderung

Als Frau, Mutter und Grossmutter liegt mir der Frieden in unserem Land besonders am Herzen. Mit einer stabilen Neutralität wird die Schweiz vor krieg­erischer Gefahr geschützt. Sie vermittelt, bevor Streit eskaliert, und schafft Voraussetzungen für Frieden. Seit über 200 Jahren hat sie unser Land frei, sicher und unabhängig gehalten. Gerade Frauen wissen: Stärke zeigt sich nicht im Kämpfen, sondern darin, Leben zu schützen.



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Frauen, Kinder, ältere Menschen und Kranke bezahlen in jedem Krieg den höchsten Preis.

Neutralität hilft, die Schweiz aus fremden Konflikten und Kriegen herauszuhalten und unsere Bevölkerung zu schützen.

Neutralität bedeutet: keine Beteiligung an fremden Kriegen, keine schleichende Verwicklung in internationale Konflikte, sondern Schutz unserer Familien und unserer Kinder.

Bewahrt unsere Unabhängigkeit

Die Schweiz entscheidet selbst – frei von Militärbündnissen wie beispielsweise der NATO und den Interessen von Grossmächten. Neutralität bedeutet: keine Einbindung in Militär- und Verteidigungsbündnisse, eigenständige Entscheidungen, Unabhängigkeit statt fremder Machtinteressen.

Neutralität schützt vor Verwicklung in fremde Kriege

Die Schweiz ist weltoffen und beteiligt sich nicht an Kriegen zwischen Drittstaaten. Statt Konflikte wirtschaftlich zu verschärfen, setzt die Schweiz auf Hilfeleistung, Dialog und gute Dienste. Wirtschaftliche Sanktionen treffen häufig die Ärmsten und Familien, ohne Konflikte zu lösen. Deshalb soll die

Schweiz ihre Glaubwürdigkeit als neutrale Vermittlerin bewahren.

Macht die Schweiz zur Friedensstifterin

Die Schweiz wird weltweit respektiert, weil sie keiner Kriegspartei angehört. Nur wer von beiden Seiten als unabhängig wahrgenommen wird, kann vermitteln. Die Neutralität ermöglicht: Friedensgespräche, gute Dienste, humanitäre Hilfe und Vertrauensbildung zwischen Konfliktparteien. Das Rote Kreuz könnte nicht so wirken, wenn wir nicht ein neutrales Land wären.

Neutralität bedeutet nicht Wegschauen. Sie bedeutet, Brücken zu bauen, zu helfen und den Dialog offenzuhalten. Gerade das macht die Schweiz zu einer glaubwürdigen Friedensstifterin.

Neutralität ist Stärke

Es braucht Mut, sich nicht von internationalen Machtinteressen treiben zu lassen. Es braucht Standhaftigkeit, unabhängig zu bleiben. Neutralität bedeutet nicht Passivität, sondern Eigenverantwortung. Die Schweiz entscheidet selbst, nicht Bündnisse, Grossmächte oder wechselnde politische Mehrheiten.

Sichert unseren Kindern Zukunft

Unsere Kinder verdienen eine sichere, freie und friedliche Schweiz. Neutralität ist Ausdruck von Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, sie ist seit Generationen die Lebensversicherung der Schweiz.

Es kann nicht sein, dass unsere Kinder in fremden Ländern den Krieg von Grossmächten austragen müssen.

Deshalb braucht es ein JA zur Neutralitätsinitiative.

Sie schützt. Sie verbindet. Sie sichert unsere Zukunft.

WER SOLL ALL DIE ZINSKOSTEN BEZAHLEN?

Die absolute EU-Schuldenkrise

Europa hat ein Schuldenproblem. Nur redet niemand darüber. Die implizite Verschuldung (die zukünftigen, gesetzlich oder faktisch feststehenden Zahlungsverpflichtungen des Staates, die nicht in der offiziellen Schuldenstatistik erscheinen) ist inzwischen so gross, dass die EU-Kommission über die Zwangsbeteiligung von EU-Bürgern nachdenkt.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Im neuen Haushaltsplan der CDU/CSU/SPD-Regierung zahlen die Deutschen 41 Milliarden Euro nur für Zinsen.

De facto pleite

In einer Medienkonferenz sagte die Oppositionsführerin Alice Weidel (AfD): «Deutschland ist de facto pleite. Deutschland ist pleite, und sie sagen Ihnen das nicht. Irgendwann muss man einfach die Karten auf den Tisch legen und die Zahlen offenlegen. Das Ganze ist finanziell nicht mehr tragbar.»

Zinskosten explodieren

Frankreich ist auch pleite. Wer soll eigentlich für diesen ganzen Zirkus in der Europäischen Union zahlen? Bald wird Deutschland das nicht mehr können, weil allein die Zinskosten explodieren. «Und dann werden wir alles einfrieren müssen – und das wird passieren, weil völlig unverantwortliche und unernste Politik gegen unser eigenes Land betrieben wird», so Weidel.

In diesem Entwurf stehen 41 Milliarden Euro allein für die Zinsen. 41 Mil-

liarden Euro – das muss man sich mal vorstellen. Das ist mehr, als die deutschen Ministerien für Gesundheit, Bildung, Familie, Wirtschaft, Justiz, Digitales und Umwelt zusammen zur Verfügung haben. Sechs Ministerienetats, die Deutschland nur für die Zinsen ausgibt. Aber es wird noch schlimmer. Einem weiteren Finanzplan zufolge sind es 2030 über 80 Milliarden Euro. Das ist die offizielle Planung dieser Schuldenregierung. «Die Kosten von Friedrich Merz' Kanzlerschaft treiben uns in den Ruin», so die AfD.

Implizite Staatsverschuldung

Die implizite Staatsverschuldung umfasst alle künftigen Verpflichtungen des Staates, die aus bestehenden Gesetzen, demografischen Entwicklungen oder Sozialversicherungen resultieren, aber nicht als formelle Schulden in der Bilanz stehen. Dazu zählen insbesondere Rentenansprüche aus der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung, Pensionsansprüche von Beamten, Beihilfezusagen sowie absehbare Mehrausgaben in Kranken- und Pflegeversicherung. Reallöhne und Kaufkraft werden spürbar sinken.

Deutschland hat rund 2902 Milliarden Euro Staatsschulden. Damit liegt Deutschland innerhalb der EU auf Platz 3 hinter Frankreich und Italien. Irgendwie logisch, weil Deutschland eine der grössten Volkswirtschaften Eu-

ropas ist. Auch bei den Schulden je Einwohner ist Deutschland weit vorne.

Das eigentliche Problem Frankreichs

Das Problem ist nicht, dass Frankreich seine bisherigen Schulden nicht mehr bedienen kann. Das Problem ist, dass der französische Staat dauerhaft mehr ausgibt, als er einnimmt. Dadurch kommt jedes Jahr neue Verschuldung hinzu. Und steigende Zinsen werden zunehmend schmerzhaft: Frankreich kalkuliert 2026 bereits mit etwa 59,3 Mrd. Euro Schuldendienst.

Das Problem ist vielmehr: Frankreich hat eine sehr hohe Staatsverschuldung. Der Staat macht weiterhin erhebliche Haushaltsdefizite. Dadurch muss jedes Jahr zusätzliches Geld aufgenommen werden. Gleichzeitig steigen bei höheren Zinsen die Kosten für den Schuldendienst. Entscheidend ist deshalb, ob das Vertrauen der Anleger erhalten bleibt und Frankreich seine Schulden langfristig stabilisieren kann.

Werden Private für die EU-Schulden bezahlen?

Ja – indirekt können Private dafür bezahlen, aber nicht in dem Sinne, dass die EU den Bürgern einfach eine Rechnung über die EU-Schulden schickt. Es gibt mehrere Wege. Über die nationalen Steuern: Die Mitgliedstaaten zahlen Beiträge an den EU-Haushalt, vor

allem entsprechend ihrer Wirtschaftsleistung.

Beiträge kommen letztlich aus den nationalen Staatshaushalten – und damit aus Steuereinnahmen. Der EU-Haushalt wird unter anderem über einen Anteil der Mehrwertsteuer und über Zölle finanziert. Für die Rückzahlung der gemeinsamen Schulden werden zusätzliche Einnahmequellen diskutiert bzw. vorgeschlagen. Dazu gehören beispielsweise Einnahmen aus dem Emissionshandel und dem CO₂-Grenzausgleich. Diese können Unternehmen und letztlich Verbraucher finanziell belasten. Im äussersten Fall kann die EU zusätzliche Mittel von den Mitgliedstaaten verlangen, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Die EU hat im Rahmen von «NextGenerationEU» bis zu rund 806,9 Milliarden Euro am Kapitalmarkt aufgenommen. Die Rückzahlung beginnt 2028 und läuft langfristig bis 2058. Kredite an Mitgliedstaaten werden von den jeweiligen Staaten zurückgezahlt; der Zuschussanteil wird über den EU-Haushalt finanziert.

Das heisst vereinfacht: Die EU verschuldet sich. Die EU muss Anleihen zurückzahlen. Die EU braucht Einnahmen. Die Einnahmen kommen letztlich von Mitgliedstaaten/Unternehmen/Bürgern.

Die Frage aller Fragen

Wenn ein hoch verschuldetes Land wie Frankreich seinen EU-Beitrag nicht mehr problemlos erhöhen kann – wer haftet dann für gemeinsame EU-Schulden?

SVP KÜSNACHT

Grosses Interesse am SVP-Podium zu den Bilateralen III

Rund 70 Gäste folgten der Einladung der SVP Künsnacht zur Podiumsdiskussion über das Vertragspaket Schweiz–EU (Bilaterale III). Im Singsaal Wiltiswacht diskutierten Swiss-Life-Verwaltungsratspräsident Rolf Dörig, Nationalrat und Regierungsratskandidat Martin Hübscher sowie Nationalrätin Nina Fehr Düsel. Moderiert wurde der Abend von Nebelspalter-Chefredaktor Markus Somm.

Im Zentrum stand die entscheidende Frage: Wer bestimmt künftig die Regeln in der Schweiz? Wir selbst oder zunehmend die EU? Die Haltung des Podiums war klar: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa ist wichtig, darf aber nicht auf Kosten der politischen Eigenständigkeit und der direkten Demokratie gehen.

Rolf Dörig machte deutlich, dass ein guter Zugang zum europäischen Markt für die Schweizer Wirtschaft wichtig ist, die institutionelle Anbindung dafür aber einen zu hohen Preis darstellt. Er zeigte zudem auf, weshalb sich viele Wirtschaftsvertreter trotz Vorbehalten

öffentlich kaum gegen das Vertragspaket stellen.

Martin Hübscher warnte insbesondere vor der dynamischen Übernahme von EU-Recht. An den Beispielen Land-

«Die politische Selbstbestimmung der Schweiz steht auf dem Spiel.»

wirtschaft, Lebensmittel und Strom zeigte er auf, wie die Schweiz zunehmend Regeln übernehmen müsste, an deren Entstehung sie nicht gleichberechtigt

beteiligt ist. Damit gehe es bei den Verträgen nicht nur um Wirtschaft, sondern um die politische Selbstbestimmung der Schweiz.

Markus Somm stellte die demokratiepolitische Dimension ins Zentrum: Wer Gesetze übernimmt, die andere beschliessen, gibt einen Teil seiner Souveränität ab. Nationalrätin Nina Fehr Düsel richtete im Schlusswort den Blick auf die kommenden Generationen und die langfristigen Folgen für eine eigenständige Schweiz.

Die rege Fragerunde und der anschliessende Apéro riche zeigten das grosse Interesse am Thema. Die SVP



Die Haltung des Podiums war klar: wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe Ja, Unterwerfung und Preisgabe unserer direkten Demokratie Nein.

Bild: zVg

Künsnacht dankt den Referenten und allen Gästen für den engagierten Austausch.

Nicolas Bandle,
Präsident SVP Künsnacht

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Finanzausgleich: Gemeindeautonomie darf kein Lippenbekenntnis sein

An seiner Sitzung vom 7. September 2026 befasste sich der Zürcher Kantonsrat mit dem Bericht des Regierungsrates über die Gemeinden und die Wirksamkeit des Finanzausgleichs.



Andreas Keiser
Kantonsrat SVP
Glattfelden

Der Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2025 dürfte es dabei aber kaum auf die Bestsellerlisten schaffen, denn für einen Politthriller fehlen ihm im Gegensatz zum Kopftuch- und Handyverbot sowohl Spannung als auch Drama. Das ist in diesem Fall allerdings eine gute Nachricht: Der Bericht bestätigt, dass der Zürcher Finanzausgleich ordnungspolitisch notwendig ist und grundsätzlich funktioniert.

Der Finanzausgleich soll gewährleisten, dass alle Gemeinden ihre notwendigen Aufgaben erfüllen können, ohne dass die Steuerfüsse erheblich auseinanderdriften. Dieses Ziel unterstützt die SVP.

Zentrumslasten: Auch die Vorteile berücksichtigen

Doch Solidarität zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Gemeinden darf nicht zur Dauerumverteilung werden. Besonders kritisch beurteilen wir deshalb weiterhin den Zentrumslastenausgleich zugunsten der Städte Zürich und Winterthur. Diese Transfers erfolgen weitgehend unabhängig von der erheblichen eigenen Finanz- und Steuerkraft der beiden Städte.

«Solidarität ja – Dauerumverteilung nein.»

Gleichzeitig wird gerne ausgeblendet, dass eine Zentrumsfunktion nicht nur Lasten verursacht, sondern auch erhebliche wirtschaftliche, finanzielle und strukturelle Vorteile bringt.

Für die SVP gilt deshalb: Solidarität ja – (Dauer-)Umverteilung ohne ange-

messene Berücksichtigung der tatsächlichen Finanzkraft nein. Der Finanzausgleich muss transparent, nachvollziehbar und auf seinen gesetzlichen Zweck beschränkt bleiben.

Gemeindeautonomie statt Vollzugsföderalismus

Handlungsbedarf besteht auch bei der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Für die SVP gelten drei Grundsätze: Gemeindeautonomie, Subsidiarität und fiskalische Äquivalenz. Oder einfacher gesagt: Wer entscheidet, soll möglichst auch bezahlen.

Wer bestellt, soll bezahlen

In der Realität sieht es leider oft anders aus. Ein aktuelles Beispiel ist das Lehrpersonalgesetz: Der Kanton beschliesst wesentliche Rahmenbedingungen und bestellt zusätzliche Leistungen, einen erheblichen Teil der Rechnung überlässt er aber den Gemeinden. Mit fiskalischer Äquivalenz hat das wenig zu tun.

Gemeindeautonomie bedeutet nicht, dass Gemeinden lediglich kantonale Vorgaben vollziehen und dafür die Rechnung bezahlen dürfen. Entscheidungskompetenz und finanzielle Verantwortung gehören in dieselbe Hand. Nur dann haben Gemeinden echten Handlungsspielraum und tragen gleichzeitig

«Für die SVP gilt: Wer entscheidet, soll möglichst auch bezahlen.»

Verantwortung für ihre Entscheide. Bitte lehnen Sie das neue Lehrpersonalgesetz ab!

Starke Gemeinden brauchen Eigenverantwortung statt Bevormundung – und einen Kanton, der sich an einen einfachen Grundsatz hält: Wer bestellt, bezahlt.



Zentrum sein bringt nicht nur Lasten!

Bild: zVg

WORTE DER KANTONSRATSPRÄSIDENTIN

Stichentscheide sind g..l

Aus Sicht der Kantonsratspräsidentin ist es natürlich ein tolles Gefühl, wenn man das Zünglein an der Waage ist und seiner eigenen Fraktion bei einem Anliegen zum Durchbruch verhelfen kann. Aber wissen Sie, was noch viel besser wäre? Wenn nach den nächsten Kantonsratswahlen im April 2027 die Mehrheiten so sind, dass es gar keinen Stichentscheid mehr braucht. Einfach, weil im Rat dann eine bürgerliche Mehrheit unsere Anliegen einfach durchwinken kann.

Eine bürgerliche Mehrheit muss her

Als am vorletzten Montag die Kopftuchdebatte und auch die Handydebatte zu unseren Gunsten entschieden wurden, war das hoffentlich ein kleiner Vorgeschmack darauf, wie es nach den Kantonsratswahlen wieder sein könnte, ja sein sollte. Es ist ja nicht so, dass unsere Fraktion nicht sehr viele gute und wichtige Vorstösse einreichen würde. Aber leider erleiden die allermeisten dieser Vorstösse schon Schiffbruch bei der Überweisung bzw. eben Nicht-Überweisung an die Regierung. Aus dem einfachen Grund, weil wir keine Mehrheiten haben. Und das mantramässige Herbeischreiben der linken Presse, dass der Zürcher Kantonsrat doch eigentlich bürgerlich sei, wird praktisch jeden Montag demontiert. Zur Erinnerung: Der Rat ist nach links gerutscht, seit

mehr Frauen dabei sind. Diese stimmen im Grundsatz linker als die Männer. Die lobenden Ausnahmen sind selbstverständlich und glücklicherweise die SVP-Frauen. Und da neuerdings auch die «Mitte-Parteien» wie EVP, Die Mitte und GLP überproportional viele Frauen im Rat haben, wird es für die Bürgerlichen immer schwieriger, ihre Anliegen durchzukriegen. Zumal auch

«Es ist unabdingbar, dass wir nächsten April Sitze dazugewinnen.»

bei der FDP auffällig viele junge Frauen am Start sind, die in der Tendenz die linken Anliegen unterstützen.

Es ist also unabdingbar, dass wir in den nächsten Wahlen Sitzgewinne haben – und zwar nicht auf Kosten der FDP. Das würde rechnerisch dann leider rein gar nix bringen.

Jetzt beginnt die Mobilisierung

Was ist zu tun? Die Antwort ist gleichzeitig so einfach wie kompliziert: Wir müssen unsere Basis wieder vermehrt an die Urne bringen. Und mit der Basis auch all die vielen Nichtwähler, die Frustrierten, die Unentschlossenen. Die Rechnung ist relativ einfach: Die SVP hat über 10 000 Mitglieder im Kanton Zürich. Wenn nun jedes einzelne Mitglied nur schon 1 – zur Verdeutli-

chung: EINEN – zusätzlichen Bürger an die Urne bringt, der die SVP-Liste einwirft, dann werden wir mit Garantie substanzielle Sitzgewinne verzeichnen können.

Und jetzt zum komplizierten Teil: Die Arbeit beginnt JETZT! Beginnen Sie jetzt mit dem Überzeugen Ihrer Vereinsspännli, Ihrer Nachbarn, Ihrer Verwandten, Ihrer Bekannten. Die aktuelle Grosswetterlage mit Kriegen, Energieversorgungsthemen, Migration spielt uns hier beim Überzeugen sicher in die Hände.

Der Wahlauf Ruf mag für einige jetzt etwas überraschend und vor allem zu früh erscheinen, aber die Zeit bis zu den Wahlen vergeht wie im Flug. Und genau jetzt, in dieser Zeit, BEVOR der eigentliche Wahlkampf losgeht, machen wir den Boden gut, der uns zu Mehrheiten verhilft.

Ich werde dann vielleicht keine Stichentscheide mehr fällen können. Aber wissen Sie was? Mit einer komfortablen Mehrheit im Rücken ist das Amt der Kantonsratspräsidentin dann noch viel g..ler!



von Romaine Rogenmoser

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Virtuelle Behördensitzungen



Roman Schmid
Kantonsrat SVP
Opfikon

Die Digitalisierung und die Erfahrungen aus der Privatwirtschaft haben das Bedürfnis verstärkt, Sitzungen von Gemeindebehörden auch virtuell durchzuführen. Einige Gemeinden haben bereits eigene Regelungen dazu getroffen. Das geltende Gemeindegesetz schreibt zwar vor, dass Behörden sich versammeln, ihre Mitglieder an Sitzungen teilnehmen müssen und die Mehrheit der Mitglieder anwesend sein muss, lässt aber offen, ob dies auch virtuell möglich ist. Da weder die Rechtsprechung noch Rechtsgutachten eine eindeutige Antwort liefern, besteht Rechtsunsicherheit über die Zulässigkeit und Gültigkeit digitaler Beschlüsse. Die Arbeitsgruppe «Digitale Transformation» aus Mitgliedern von Gemeindebehörden der Plattform «Gemeinden 2030» hat deshalb eine klare gesetzliche Grundlage gefordert. Mit der vorliegenden Änderung des Gemeindegesetzes soll diesem Anliegen entsprochen und Rechtssicherheit für virtuelle Behördenbeschlüsse geschaffen werden.

Die zuständige Kommission STGK (Kommission für Staat und Gemeinden) nahm sich der regierungsrätlichen Vorlage an und beriet die Gesetzesänderung an sechs Sitzungen. Die Stossrichtung aller Parteien ging in die gleiche Richtung: eine klare und einheitliche Rechtsgrundlage für alle Gemeinden im Kanton Zürich. Das Behördenamt (Exekutivamt) soll attraktiv bleiben und unser Milizsystem weiter stärken. Wenn ein Behördenmitglied krank ist, aufgrund eines Unfalls nicht physisch an einer Sitzung teilnehmen kann oder beruflich halt einmal an einem anderen Ort weilt, kann die zuständige Behörde die virtuelle Sitzungsteilnahme ermöglichen. Somit kann auch in diesen Situationen mitbestimmt werden. Dem Wunsch der Gemeinden nach einer modernen Arbeitsweise soll entsprochen werden. Alles, was in der Privatwirtschaft grösstenteils

heute schon möglich ist, soll auch für Behördenämter möglich sein.

Wir sind uns einig, dass die besten Diskussionen und Entscheide gemeinsam an einem Tisch gefällt werden. Die Behörden können selber entscheiden, in welcher Situation eine virtuelle Sitzungsteilnahme möglich sein soll und in welcher nicht. Die Gemeindeautonomie wird so weiter stark gehalten. Die Gemeinden müssen nicht, sie können. Ein Minderheitsantrag der Ratslinken, welcher vorsah, dass Gemeinden auf jeden Fall für virtuelle Behördensitzungen gerüstet sein müssen, wurde von der Ratsmehrheit verworfen.

Auch der Minderheitsantrag der Grünen wurde abgelehnt. Sie forderten, dass im Gesetz festgehalten wird, dass nur in Ausnahmefällen virtuelle Sitzungen abgehalten werden können. Diesen Passus benötigt es unserer Meinung nach nicht im Gesetz. Wir gehen nicht davon aus, dass eine Behörde ihre Mitglieder mehrmals im Jahr aus den Ferien an Behördensitzungen teilnehmen lässt. Eine Behörde hat das Öffentlichkeitsprinzip zu leben und die Einwohnerinnen und Einwohner zu informieren. Die Wählerinnen und Wähler wählen keine Ferienpolitiker, sondern Behördenmitglieder, welche ihren Auftrag ernst nehmen. Ansonsten kann alle vier Jahre korrigiert werden. Als Stadtpräsident von Opfikon lege ich für meine Exekutive die Hand ins Feuer und behaupte: Wir wissen, was wir tun. Und selbst Stapi Goltz aus Zürich würde es nicht zulassen, wenn Stadtrat Glättli drei Monate auf Kreuzfahrt weilt und virtuell an den Sitzungen teilnehmen möchte.

Die Vorlage wurde in der ersten Lesung ohne Änderung verabschiedet. In rund zwei Monaten entscheidet der Kantonsrat in der Schlussabstimmung über diese Gesetzesänderung. Unser Milizsystem muss weiterhin gestärkt werden. Wir werden dieses Gesetz so verabschieden.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



LESERBRIEF

Hagelschäden: Die vergessenen Opfer

Der verheerende Hagelsturm vom Freitag, 28. August, hat entlang der Alpen-nordseite vom Genfersee bis zum Bodensee innert kürzester Zeit grosse Teile der diesjährigen Ernten zerstört. In den Medien dominierten jedoch Bilder von zerbeulten Autos, beschädigten Fassaden und hohen Versicherungsschäden. So wichtig diese Themen auch sein mögen, die grössten Verluste liegen nicht auf Parkplätzen oder an Hauswänden, sondern auf unseren Feldern.

Viele Landwirtschaftsbetriebe standen bereits vor diesem Unwetter unter enormem Druck. Die anhaltende Trockenheit der vergangenen Monate hat die Produktionskosten massiv in die Höhe getrieben. Um Kulturen überhaupt am Leben zu erhalten, mussten zahlreiche Betriebe intensiv bewässern. Teilweise resultierten daraus Wasserrechnungen von mehreren hunderttausend Franken. Gleichzeitig blieben die Preise für Lebensmittel in den Grossverteilern weitgehend unverändert. Die höheren Kosten konnten somit oft nicht durch höhere Lebensmittelpreise wieder aufgefangen werden.

Trotz dieser schwierigen Ausgangslage hofften viele Produzenten auf eine gute Ernte im Spätsommer und Herbst, um das Jahr doch noch positiv abschliessen zu können. Mit dem Hagelsturm wurde diese Hoffnung innerhalb weniger Minuten zerschlagen. Für manche Betriebe bedeutet dies nicht nur den Verlust einer Ernte, sondern den Verlust ihrer wirtschaftlichen Grundlage. Für einzelne Familienbetriebe könnte dieser letzte Schlag sogar das Aus bedeuten.

Aus meiner Sicht stehen nun auch die Medien in der Verantwortung, die Bevölkerung stärker für die Situation der Landwirtschaft zu sensibilisieren. Lebensmittel kommen nicht einfach aus dem Supermarkregal. Sie müssen mit enormem Aufwand, grossem Fachwissen, unzähligen Arbeitsstunden und einem hohen unternehmerischen Risiko produziert werden. Dahinter stehen Menschen und Familien, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Fällt die Ernte aus, verschwindet nicht nur ein Teil des Einkommens. Es werden Existenzen bedroht und Lebensgrundlagen zerstört.

Die Schweizer Landwirtschaft leistet weit mehr als die Produktion von Nahrungsmitteln. Sie prägt unsere Landschaft, sichert regionale Wertschöpfung und ist ein wichtiger Bestandteil unserer Identität. Wenn immer mehr Betriebe aufgeben müssen, verlieren wir nicht nur Produzenten, sondern auch ein Stück Schweiz.

Es wäre deshalb wünschenswert, dass die öffentliche Diskussion nach diesem Unwetter nicht bei Blechschäden und Reparaturkosten stehen bleibt. Die eigentliche Katastrophe hat sich auf den Feldern abgespielt. Dort wurde in wenigen Minuten das vernichtet, wofür Menschen monatelang gearbeitet und investiert hatten und worauf sie ihre Hoffnungen gesetzt hatten. Die Schweizer Landwirtschaft verdient in dieser Situation nicht nur Mitgefühl, sondern auch Aufmerksamkeit.

Marco Beerstecher,
Vorstand JSVP Kanton Zürich und
Präsident JSVP Oberland-See

GASTBEITRAG

Medienartikel oder Windlobby-Werbung informieren zuweilen sehr einseitig über geplante Windräder in der Schweiz

Ein Artikel der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 7. August 2026 mit dem Titel «4 Windräder, 18 Jahre Streit: warum die Schweiz beim Windstrom nicht vorankommt» beispielsweise stellt den entschlossenen Widerstand gegen vier Grosswindräder auf dem Grenchenberg im Kanton Solothurn recht einseitig dar, lässt wesentliche Aspekte unerwähnt und erweckt den Eindruck eines exemplarischen Falls, in dem ein paar denkfaule und kurzsichtige Extremisten die grossen Zukunftsprojekte im vitalen Interesse unseres Landes torpedieren würden. Ich habe der zuständigen Redaktion eine kritische Rückmeldung und einen Leserbrief geschickt. Eine Reaktion der «NZZ»-Redaktion ist bislang ausgeblieben. Auf Einladung der kantonalzürcherischen SVP schreibe ich zusätzlich sehr gerne einen Gastbeitrag für den «Zürcher Bote». Es gibt aus meiner Sicht doch ein paar Dinge zum Thema anzufügen – ohne Anspruch, dass alle Gegenargumente vollständig aufgeführt sind. Dieser Gastbeitrag ist eine etwas ausgeschmückte Fassung des Leserbriefs.

Dass in der Schweiz mit den hiesigen Windverhältnissen kaum in substanziellen Mengen Windstrom produziert werden kann, ist schon heute hinlänglich bekannt. Nicht zufällig stellt eine fehlgeleitete Energiewendepolitik Subventionen von bis zu 60 Prozent (!) für solche Windanlagen bereit. Alle heute in der Schweiz existenten Grosswindräder kamen in den letzten vier, fünf Jahren jeweils auf Auslastungen von unter 20 Prozent. Viele davon stehen nota bene im Jura- oder Alpenraum, wo es für Schweizer Verhältnisse eher windreicher ist. Allein solche Zahlen sprechen Bände. Und dass diese Anlagen nur Flatterstrom produzieren, wenn das Wetter will und nicht unbedingt, wenn wir Strom brauchen, liegt auf der Hand.

Selbst wenn im Kanton Zürich alle heute vorgesehenen etwa 60 oder mehr Windräder dereinst aufgestellt würden, dann wäre die produzierte Strommenge so lächerlich tief, dass sich vielleicht ein bis zwei moderne IT-Rechenzentren damit betreiben liessen. Mit der Gesamtsumme der Produktion wohlverstanden – von durchgehender Versorgungssicherheit kann keine Rede sein.

Diesem kaum vorhandenen Nutzen stehen enorme Schäden gegenüber
Nur schon die Verschandelung ganzer Landstriche mit etwa 265 Meter hohen Windrädern, gut doppelt so hoch wie das höchste Gebäude im Kanton (Prime Tower: 126 Meter), müsste ein Killerkriterium sein. Dies wegen der dichten Besiedelung und des nicht vorhandenen Platzes auch in unmittelbarer Nähe von Siedlungen.

Die grossflächige Zerstörung von Wäldern und intakten Naturlandschaften, Immobilienentwertung im Umkreis von mehreren Kilometern, weitere Einflüsse auf Mensch, Tier und Natur noch nicht eingerechnet. Einschub für die Bauern in der Leserschaft: Wo die gesetzlich vorgeschriebenen Kompensationsmassnahmen beispielsweise für Waldrodungen erfolgen würden, bleibt bislang unbekannt. Die ohnehin knappen Fruchtfolgeflächen dürften wohl einmal mehr unter Druck kommen.

Der frühere Zürcher Baudirektor Markus Kägi sagte vor etwa zehn Jahren völlig zutreffend, Zürich sei kein Windkanton. Allenfalls wären vier bis sechs Windräder etwa auf dem Uetliberg oder dem Pfannenstiel denkbar, wo es manchmal etwas stärker windet als anderswo im Kanton. Was sich seither geändert hat, sind nicht die Wetterverhältnisse, sondern das politische Klima und die enormen Subventionstöpfe.

Windkraft gewährleistet keine sichere Stromversorgung
Wir brauchen Strom. Und wir werden in ein paar Jahren mit Digitalisierung, Dekarbonisierung, Bevölkerungswachstum etc. noch viel mehr davon benötigen. Es ist pure Utopie, eine verlässliche Stromversorgungszukunft könne darin bestehen, den heutigen Strommix von etwa 60 Prozent Wasserkraft, 30–35 Prozent Kernkraft plus ein paar Prozent weitere Energieträger zu ersetzen durch 0 Prozent Kernkraft, 60 Prozent Wasserkraft und die verbleibenden 40 Prozent durch Solar, etwas Biomasse und Geothermie plus ein paar (tausend) solcher über das

ganze Land verteilter Flatterstrom-Windräder, die optimistisch gerechnet im Fall des Kantons Zürich vielleicht einmal fünf bis sieben Prozent decken könnten. Woher soll der Rest kommen? Insbesondere dann, wenn sich das Wetter nicht an die Träume der «Energiestrategie 2050» aus den 2010er-Jahren hält? Notkraftwerke, die Unmengen von Diesel oder Braunkohle verbrennen? Gaskraftwerke? Mit Blick auf CO₂-Bilanz, Netzstabilität und Produktionskosten mit teuren Back-up-Anlagen wohl eher doch nicht.

Wohin es in der Praxis etwa geht, zeigt ein Blick z.B. nach Deutschland oder Spanien, wo solche Utopien schon weiter fortgeschritten sind.

Dass in der breiten Bevölkerung und der Politik langsam ein Umdenken einsetzt, ist richtig und wichtig. Es dämert mehr und mehr, dass die erwähnten Träumereien der Realität nicht standhalten.

Dennoch werden vielerorts von der Politik Windkraftprojekte im Mittelland weiterhin verfolgt und bessere Alternativen mit Denkverboten belegt. Am eifrigsten übrigens ausgerechnet von jenen rot-grünen Kreisen, die jeweils ein Riesendrama machen, wenn irgendwo in der Stadt ein alter kranker Baum gefällt werden soll. Aber gleich hektarweise Wälder und Naturräume zerstören für wenig Nutzen und viel gigantische Inszenierung einer Ideologie, ist dann völlig okay? Der Kommentar dazu dürfte sich erübrigen ... Und potenzielle Investoren wollen natürlich noch die prall gefüllten Subventionstöpfe abholen, bevor es möglicherweise zu spät ist. Das ist aus unternehmerischer Sicht nachvollziehbar.

Dass sich hier ganze Regionen mit allen Mitteln gegen solche schädlichen Irrwege und Fehlinvestitionen wehren, überrascht deshalb nicht. Unsere Lebensräume etwa im Weinland, Oberland oder Säuliamt für so etwas zu opfern, wäre schlicht unverhältnismässig, meiner Ansicht nach sogar untolerierbar. Es gibt diverse bessere Optionen für CO₂-arme und vor allem zuverlässige zukünftige Produktion grosser Strommengen. Schon heute. Und morgen möglicherweise noch mehr.

Man darf nur nicht mit Technologieverböten und ideologischen Scheuklappen agieren.

Zum Autor:
Hubert Herger (49) ist Betriebsökonom FH und als Bereichsleiter in einem global tätigen Unternehmen der Luftfahrt tätig. Er wohnt mit seiner Familie in der Gemeinde Wiesen-dangen, wo er Mitglied des Gemeinderates ist (FDP).
Der Gastbeitrag bildet seine persönliche Meinung zum Thema ab.

LESERBRIEF

Asylchaos – Begriffschaos?

Das Asylwesen ist auf Gemeindeebene eine riesige finanzielle Belastung. Damit die SVP wirksam gegen unrechtmässige Zustände vorgehen kann, ist eine klare Definition der Begriffe notwendig. In der Schweiz ist folgende gesetzliche Grundlage vorhanden. Wir gewähren einer Person Asyl, die gemäss Genfer Konvention in ihrem Heimatland an Leib und Leben gefährdet ist. Die Person ist zuerst Asylbewerber und nach einem positiven Entscheid erhält sie den Status B (anerkannter Flüchtling). Bei einem negativen Entscheid darf die Person nicht mehr in der Schweiz bleiben und muss das Land verlassen (Ausweis N). Falls die Person aus unzumutbaren Gründen die Schweiz noch nicht verlassen kann, wird der Status F (vorläufig aufgenommen) erteilt. Der Status F ist keine reguläre Aufenthaltsbe-

willigung, sondern eine Notmassnahme. Sobald möglich muss die Person die Schweiz verlassen. Schliesslich erteilen die Behörden noch den Status S für Schutzbedürftige. Dies ist ein schnelles Aufenthaltsrecht ohne detaillierte Prüfung. Der Status S ist rückkehrorientiert. Er wird für die Zeit gewährt, in der im Heimatland Krieg herrscht. Alle anderen Personen, die in die Schweiz gelangen und nicht arbeitstätig sind, werden als Wirtschaftsmigranten bezeichnet und halten sich illegal in der Schweiz auf. Die SVP setzt sich konsequent dafür ein, dass die in der Schweiz geltenden Gesetze eingehalten werden. Dies gilt auch für das Asylwesen.

Markus Bopp,
Kantonsrat SVP,
Otelfingen

ZUR ABSTIMMUNG ÜBER DAS LEHRPERSONALGESETZ

Wer bestellt, soll auch bezahlen

Wer die Diskussion über das Lehrpersonalgesetz verfolgt, könnte meinen, am 27. September gehe es einzig um die Frage, ob unsere Lehrpersonen genug verdienen. Die einen sprechen von einer Lohnerhöhung, die anderen von der fairen Abgeltung längst geleisteter Arbeit. Diese Diskussion greift aus Sicht der Gemeinden zu kurz.



Tumasch Mischol
Kantonsrat SVP
Hombrechtikon

Gemäss Kantonsverfassung können Beschlüsse des Kantonsrates auf verschiedenen Wegen vors Volk gebracht werden. Beim Lehrpersonalgesetz sind gleich zwei davon zum Zug gekommen: Die Fraktionen SVP/EDU und FDP haben das Kantonsratsreferendum ergriffen. Gleichzeitig haben 102 Zürcher Städte und Gemeinden das Gemeindereferendum ergriffen – obwohl dafür bereits zwölf Gemeinden genügt hätten. Die beiden Referenden führen zwar zur gleichen Abstimmung. Die Argumente dahinter sind aber nicht dieselben.

Faire Löhne sind nicht der Streitpunkt

Lehrperson zu sein, ist heute zweifellos anspruchsvoll. Die Erwartungen sind gestiegen, administrative Aufgaben haben zugenommen und der Umgang mit Eltern sowie den unterschiedlichen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler fordert viel. Gute Lehrpersonen leisten viel und sollen dafür auch fair entlohnt werden. Dies bestreiten die Gemeinden nicht. Sie stehen aber vor einer ganz anderen Herausforderung.

Die Kosten der Volksschule steigen in den Gemeindebudgets seit Jahren stark an. Gleichzeitig können die Gemeinden einen wesentlichen Teil dieser Kosten nur beschränkt beeinflussen. Über die Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen entscheidet der Kanton – 80 Prozent der Kosten tragen jedoch die Gemeinden. Genau dieses Auseinanderfal-

len von Entscheid und Finanzierung kritisieren die Gemeinden.

Das Lehrpersonalgesetz, welches zur Abstimmung kommt, verschärft dieses Ungleichgewicht zusätzlich. Der Regierungsrat legte ursprünglich eine Vorlage vor, die für die Gemeinden Mehrkosten von rund 25 Millionen Franken bedeutet hätte. Der Kantonsrat hat die Vorlage erheblich ausgebaut. Nun sollen die Gemeinden jährlich 67,3 Millionen Franken zusätzlich tragen.

Ein starkes Signal aus den Gemeinden

Wenn über 100 Zürcher Städte und Gemeinden als politische Körperschaften selber einen formellen Beschluss gegen eine kantonale Vorlage fassen, ist das ein Signal, das man ernst nehmen sollte. Die Botschaft dieser Gemeinden ist eigentlich einfach: Entscheid und finanzielle Verantwortung gehören zusammen. Im Fachjargon nennt man dies das fiskalische Äquivalenzprinzip. Oder einfacher gesagt: Wer bestellt, soll auch bezahlen.

Beim Lehrpersonalgesetz ist es anders: Der Kanton entscheidet – und schickt vier Fünftel der Rechnung an die Gemeinden. Diese müssen ihre Budgets am Ende ausgleichen und gegenüber ihren Stimmberechtigten erklären, weshalb für andere kommunale Aufgaben weniger Geld zur Verfügung steht oder weshalb der Steuerfuss unter Druck gerät.

Eine starke Volksschule darf etwas kosten. Aber wer zusätzliche Leistungen beschliesst, muss auch bereit sein, dafür finanziell Verantwortung zu übernehmen. Die Gemeinden können nicht immer mehr bezahlen, ohne bei solchen Entscheidungen entsprechend mitreden zu können. Darum sage ich am 27. September NEIN zum Lehrpersonalgesetz.

Grosse Sorge um die Zukunft Europas – ein Appell an den Bundesrat

Geschätzter Herr Bundesrat Guy Parmelin,

Ich wende mich heute nicht als Politiker oder Sicherheitsexperte an Sie, sondern als Bürger, ehemaliger Panzergrenadier, Familienvater und Unternehmer – und aus grosser Sorge um die Zukunft Europas und damit auch der Schweiz.

Ich bin verheiratet, Vater von vier erwachsenen Kindern und Grossvater von acht Enkeln. Als Verwaltungsratspräsident eines systemrelevanten Medizinaltechnik-Unternehmens, als Lieferant der Armee, des Bundeshauses, der Rega, aller Uni-Kliniken, Spitäler und Rettungsdienste mit rund 60 Mitarbeitenden trage ich zudem Verantwortung für unser Team und deren Familien.

Gerade deshalb beschäftigt mich die zunehmende Eskalation des Krieges in der Ukraine zutiefst. Ich sehe mit grosser Sorge, wie sich der Konflikt zwischen Russland und dem Westen immer weiter zuspitzt. Modernste westliche Waffensysteme ermöglichen inzwischen Angriffe tief auf russischem Territorium. Damit wächst das Risiko einer direkten Konfrontation mit Russland.

Und genau davor müssen wir alles Menschenmögliche tun, um es zu verhindern.

Der russische Angriff auf die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Ein souveräner Staat darf nicht überfallen werden. Gleichzeitig glaube ich, dass Frieden nur möglich wird, wenn wir bereit sind, auch die Sicherheitsinteressen und Perspektive der anderen Seite zu verstehen.

Russland ist eine der grössten Atom-mächte der Welt. Ein direkter Krieg zwischen Russland und der NATO nähme deshalb eine Dimension an, die Europa seit 1945 nicht mehr erlebt hat. Einen solchen Krieg kann niemand gewinnen. Da gäbe es nur Verlierer.

Deshalb meine eindringliche Bitte an Sie: **Tun Sie etwas, solange noch Zeit ist. Werden Sie proaktiv. Auch wenn es nicht EU-konform ist. Schreiben Sie Geschichte!**

Gerade die Schweiz könnte dabei eine besondere Rolle übernehmen. Unsere Neutralität, humanitäre Tradition und Erfahrung mit internationalen Verhandlungen offerieren uns Möglichkeiten, die andere Staaten nicht in gleicher Weise vorzuweisen haben.

Ich fordere Sie auf, diese «Guten Dienste» ernst zu nehmen und als **Vermittler** aufzutreten.

Suchen Sie – soweit möglich – proaktiv den direkten **Kontakt zu allen Seiten**: zu Russland und der Ukraine ebenso wie zu den USA, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien. Bringen Sie die Idee einer neutralen Ukraine als möglichen Bestandteil einer künftigen europäischen Sicherheitsordnung erneut auf den Tisch. Schaffen Sie vor allem wieder Raum für direkte **Gespräche und Kompromisse**. Bleiben Sie hartnäckig, bis zum Erfolg.

Europa braucht nicht noch weitere Eskalation, sondern dringend Diplomatie. **D-I-P-L-O-M-A-T-I-E**.

Gespräche. Zuhören. Den Standpunkt des anderen verstehen. Fehler eingestehen. Hände schütteln. Gemeinsam

lachen. Gemeinsam essen. Gemeinsam Golf spielen. **Versöhnung statt Diffamierung**. Ich wünsche mir, dass die Schweiz in dieser historischen Situation nicht einfach zuschaut, sondern selbstbewusst und mit **Mut die Gelegenheit packt**, einen eigenen Friedensimpuls zu setzen. Ein neues «**Wunder von Bern**». Sie haben nichts zu verlieren.

Das alles mag naiv klingen. Vielleicht wird man Ihnen sagen, dass es längst zu spät ist. Vielleicht bringt ein solcher Vorstoss politischen Gegenwind, das sei nicht konform mit der EU etc. **Na und? Was wäre die Alternative? Ein Atomkrieg?**

Sie können diesen Brief selbstverständlich zur Seite legen. Vielleicht liege ich mit meinen Befürchtungen völlig falsch – das würde mich sogar sehr freuen.

Aber wenn ich mich nicht irre, könnte es schon bald zu spät sein.

Deshalb schreibe ich Ihnen heute. Nicht aus politischem Interesse, sondern aus Sorge um meine Kinder, meine acht Enkel, meine Mitarbeitenden und deren Familien – und um die Zukunft unseres Landes mitten in Europa.

Ich hoffe sehr, dass Sie meine Gedanken zumindest als Appell eines besorgten Bürgers entgegennehmen. Für ein persönliches Gespräch oder weitere Auskünfte stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Danke für Ihr grosses Engagement im Dienste unseres Landes.

Mark Prohaska,
Elgg

RESPEKT FÜR UNSERE LANDWIRTE

SVP-Veranstaltung zum Thema Landwirtschaftspolitik

Die Landwirtschaft und der traditionelle Bauernstand gehörten schon immer zur schweizerischen Identität. Umso nachdenklicher mutet an, dass nebst der ungebremsten Zuwanderung vor allem die völlig absurde, linksgrüne Landwirtschaftspolitik die Existenz unseres Bauernstandes zunehmend bedroht.

Dass das in der extrem linksgrünen Stadt Winterthur noch viel übler ist, muss hier nicht erwähnt werden. Durch Christian Hartmann, Präsident der SVP-Sektion Wülflingen und Fraktionspräsident im Stadtparlament, wurde aufgrund sich anbahnender Unannehmlichkeiten für unsere Bauern die Veranstaltung «Landwirtschaftspolitik» organisiert. Als Gast durften wir so unseren Nationalrat und Regierungsratskandidaten Martin Hübscher begrüßen, der das Publikum über die Gefahren der Ernährungsinitiative informierte. Mit seinen profunden Landwirtschaftskenntnissen brachte er es auf den Punkt,

als er meinte, dass die Ernährungsinitiative mehr Selbstversorgung verspreche, in Wahrheit aber schlicht ein ideologischer Vegan-Zwang sei. Wenn in Bundesbern eine Initiative von links bis rechts dermassen versenkt werde, sage das eigentlich schon alles. Die Vorlage möchte nämlich nichts anderes, als die Schweizer Bevölkerung umzuerziehen und tierische Lebensmittel auf unseren Tellern für immer zu verbannen.

Ebenfalls zu einem ernsthaften, die Winterthurer Bauern betreffenden Thema sprach unser Stadtparlamentarier, Jungbauer und Kantonsrats-

kandidat Jan Ehrbar. In Winterthur wird bekanntlich am 27. September auch noch über den «Gestaltungsplan ARA Hard» abgestimmt, bei dem die Ersatzaufforstung nach dem Willen des linksgrünen Stadtrates ausgerechnet wieder auf einer sehr wertvollen Fruchtfolgefläche erfolgen sollte. Jan Ehrbar erklärte fachkundig und souverän, weshalb er, seine Bauernkollegen und die «Interessengemeinschaft zum Schutz der Fruchtfolgeflächen der Stadt Winterthur» (IG FFF) sich mittels eines in sehr kurzer Zeit zustande gekommenen Referendums zur Wehr gesetzt hätten und mit welchen teils fiesen Widerständen sie seitens der Stadt konfrontiert seien. Wenn eine Stadtregierung die täglichen Feldarbeiten unserer Landwirte als «ackerbauliche Wüste» bezeichnet, sagt das eigentlich alles über die respektlose Haltung der Stadt-

«Die Schweizer Bevölkerung will keinen Vegan-Zwang!»

regierung gegenüber den Landwirten. Am Ende der Veranstaltung forderte Jan Ehrbar im Namen aller anwesenden Landwirte am 27. September 2026 ein klares NEIN zur Ernährungsinitiative und zum Gestaltungsplan ARA Hard!

René Isler,
Kantonsrat SVP,
Winterthur



v.l.n.r.: NR Martin Hübscher, SVP-Fraktionspräsident Christian Hartmann, Stadtparlamentarier u. Kantonsratskandidat Jan Ehrbar, Landwirte Paul Eichelberger und Stefan Märki.

Bild: René Isler

ZUR ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER 2026

130 000 Franken Jahreslohn – und noch immer nicht genug?

Wussten Sie, dass einer Lehrperson für jede Unterrichtslektion von 45 Minuten im Jahresdurchschnitt zusätzlich rund 44 Minuten bezahlte Arbeitszeit für Planung, Vor- und Nachbereitung angerechnet werden? Der Einstiegslohn für Primarlehrpersonen liegt bei einem Vollzeitpensum bereits bei knapp 100 000 Franken jährlich. Trotzdem sollen mit der Änderung des Lehrpersonalgesetzes weitere rund 83 Millionen Franken pro Jahr ausgegeben werden. Ist das wirklich der richtige Weg zu einer besseren Schule?



Tobias Weidmann
Kantonsrat und
Fraktionspräsident SVP
Hettlingen

Die anspruchsvolle Arbeit unserer Lehrpersonen verdient Anerkennung und eine angemessene Entlohnung. Diese bietet Zürich bereits heute: Die kantonalen Personalführungskennzahlen 2025 zeigen für Volksschullehrpersonen bei Frauen und Männern einen Median des Jahreslohns von rund 130 000 Franken. Das bedeutet: Jede zweite Lehrperson verdient ungefähr diesen Betrag oder mehr. Mit zunehmender Berufserfahrung steigt der Jahreslohn von Primarlehrpersonen auf über 150 000 Franken. Was ursprünglich als gezielte Entlastung insbesondere für Klassenlehrpersonen gedacht war, wurde durch eine knappe Mehrheit des Kantonsrates deutlich ausgeweitet.

Mehr Geld allein löst die Probleme nicht

Die neuen PISA-Ergebnisse geben Anlass zur Sorge: In Mathematik und Lesen haben sich die Leistungen der Schweizer Jugendlichen gegenüber 2022 verschlechtert. Wie unsere Kinder wieder besser lesen, schreiben und rechnen lernen, darauf bleibt die Vorlage eine überzeugende Antwort schuldig.

Die Belastungen im Schulalltag haben konkrete Ursachen: Sprachliche Integrationsaufgaben durch Migration, heterogene Klassen und eine integrative

Schule, die viel Abstimmung zwischen Lehrpersonen, Heilpädagoginnen und weiteren Fachkräften verlangt. Höhere Zeitgutschriften beseitigen weder Sprachbarrieren noch den Koordinationsaufwand.

Was heute bereits angerechnet wird

Bei 28 Wochenlektionen steht eine Lehrperson wöchentlich 21 Stunden vor der Klasse. Angerechnet werden für Unterricht samt Planung, Vor- und Nachbereitung jedoch knapp 42 Stunden pro Schulwoche – wenn man das gesamte Jahresbudget für diesen Tätigkeitsbereich auf 39 Schulwochen verteilt. Damit steht neben jeder Unterrichtsstunde praktisch nochmals eine Stunde für die Arbeit rund um den Unterricht zur Verfügung. Ich halte dieses Verhältnis im Durchschnitt für angemessen. Trotzdem soll der Lektionenfaktor von 58 auf 59 steigen.

«Geld auszugeben, ohne die strukturellen Probleme anzugehen, überzeugt nicht.»

Nicht jede Lektion braucht gleich viel Vorbereitung. Aufwendigen Prüfungen und Korrekturen stehen erprobte Unterrichtssequenzen, Doppellektionen und wiederverwendbare Materialien gegenüber. Besondere Belastungen rechtfertigen gezielte Entlastung, aber keine pauschale Erhöhung für alle.

Für die Klassenlehrfunktion werden zusätzlich 100 Stunden pro Klasse und

Jahr angerechnet. Diese Pauschale soll auf 160 Stunden steigen. Hinzu kommen Zeitbudgets für Schule, Zusammenarbeit und Weiterbildung.

Überstunden müssen über das ganze Jahr betrachtet werden

Als Begründung für höhere Zeitansätze wird auf Überstunden verwiesen. Bei Befragungen muss man jedoch genau hinschauen: Wie wurde die Arbeitszeit erhoben und wurde das ganze Jahr berücksichtigt? Auch Forderungen von Berufsverbänden und Gewerkschaften müssen sich dieser Prüfung stellen.

Den 39 Schulwochen stehen rund 13 Wochen unterrichtsfreie Zeit gegenüber. Neben den persönlichen Ferien dienen sie der Vorbereitung, Weiterbildung und dem Ausgleich besonders arbeitsreicher Schulwochen. Eine hohe Wochenbelastung allein belegt deshalb noch keine Überschreitung der Jahresarbeitszeit. Entscheidend ist die vollständige Jahresrechnung.

Gute Arbeitsbedingungen statt Giesskanne

Weniger Bürokratie, klare Strukturen und gezielte Entlastung würden im Schulalltag einen konkreten Unterschied machen. Gute Arbeit soll gut entlohnt werden. Das ist bei den Zürcher Lehrpersonen bereits heute der Fall. Weitere 83 Millionen Franken auszugeben, ohne die strukturellen Probleme unserer Volksschule anzugehen, überzeugt mich nicht. Deshalb sage ich am 27. September NEIN zur Änderung des Lehrpersonalgesetzes.

BLOCHERS KLARTEXT

Bevölkerung vor Politikern schützen

Ein Reuters-Journalist hat mich über die Neutralitätsinitiative befragt, auch über das Plakat «Kein Krieg»: «Es will ja gar niemand Krieg», meinte er. Ich entgegnete: «Wieso haben wir denn überall Krieg?» Worauf er erwiderte: «Aber es ist nie die Bevölkerung, Kriege führen die Politiker.»



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Schon waren wir mitten im Thema. Die Schweizer Neutralität schützt die Bevölkerung vor Krieg. Weil wir neutral sind, ist das Motiv für andere Mächte, uns anzugreifen, viel kleiner – wir nehmen nicht Partei. Zweitens: Wer in unser Land einfällt, muss wegen der Schweizer Armee damit rechnen, einen zu hohen Eintrittspreis zu bezahlen. Eine genauso wichtige Funktion der Neutralität besteht im Schutz der Bevölkerung vor den Politikern. Die Politiker wollen mitmischen mit anderen Staaten, die Neutralität hemmt sie. Genau darum nannten die alten Eidgenossen die Neutralität «Stillesitzen».

Ob denn Russland eine Gefahr für die Schweiz sei, werde ich oft gefragt. Leider muss ich diese Frage bejahen. Seit der Teilnahme an den EU-Sanktionen sind wir Kriegspartei gegenüber einer Atommacht! Das wäre nicht geschehen, wären wir streng neutral geblieben – wie es der Bundesrat unmittelbar nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs auf Antrag von Bundespräsident Ignazio Cassis beschlossen hat. Er sagte damals an der Medienkonferenz: «Die Schweiz stellt ihre Neutralität regelmässig in den Dienst der internationalen Diplomatie.» Staatssekretärin Livia Leu doppelte nach: «Wir sind natürlich auch ein neutrales Land, wir sind ein Land, das gute Dienste erbringt, beispielsweise haben wir ein Schutzmachtmandat zwischen Russland und Georgien.» Höchst bedauerlich, dass der Bundesrat vier Tage später auf Druck von aussen das Gegenteil beschloss.

ZU CÉDRIC WERMUTHS BEITRAG
«KLIMASCHUTZ BRAUCHT NEUE MÄNNER»

Wie der Mann zum Feindbild der Linken wird

Der «petromaskuline Kapitalismus» treibe die Welt in den Abgrund. So zumindest sieht es SP-Nationalrat Cédric Wermuth. Er schreibt von Männern, die sich vom Aufstieg der Frauen und Migranten bedroht fühlen, Anspruch auf natürliche Ressourcen und den weiblichen Körper erheben und Gewalt nutzen, um Frauen herabzuwürdigen.

Nach diesen Zeilen musste ich innehalten. Was für ein Männerbild wird hier eigentlich gezeichnet? Als 19-jähriger Mann empfinde ich eine solche Pauschalisierung als respektlos gegenüber all jenen Männern, die Verantwortung übernehmen, arbeiten, Frauen respektieren und ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten.

Besonders widersprüchlich erscheint mir diese Kritik aus den Reihen der SP. Während Wermuth vor «petromasku-

linen» Männern warnt, setzt sich seine Partei für eine offene Migrationspolitik ein. Gleichzeitig dürfen Gewalt und problematische Frauenbilder in gewissen kulturellen Milieus nicht aus Angst vor einer unbequemen Debatte ausgeblendet werden. Wer über Gewalt gegen Frauen sprechen will, muss über alle

Ursachen sprechen – nicht nur über jene, die ins eigene politische Weltbild passen. Gleichberechtigung bedeutet für mich zudem nicht, dass jede gesellschaftliche Gruppe am Ende exakt gleich viel Vermögen, Einkommen oder politische Macht besitzen muss. Sie bedeutet gleiche Rechte und Chancen. Mir wurde beigebracht: Ausbildung, Einsatz und Eigenverantwortung entscheiden darüber, welche Ziele ich erreiche. Nicht mein Geschlecht.

Der Schutz von Frauen ist mir wichtig. Keine Frau sollte sexuelle oder andere Gewalt erfahren müssen. Gerade deshalb müssen wir Probleme beim Namen nennen, auch bei Migration und Integration.

Frauenrechte verteidigt man nicht, indem man Männer zum Feindbild erklärt. Man verteidigt sie, indem man hinschaut, handelt und unsere Werte konsequent schützt.

Aaron Gafner,
SVP Hombrechtikon

Reformierte Volksabstimmung am 27. September 2026

NEIN zum Güggelzwang für alle Kirchgemeinden!



Für kreativen Klimaschutz vor Ort:

- Nein zu überhöhten Netto-Null-Zielen
- Nein zur Überlastung von Kirchenpflegen
- Nein zu Zwang und Zentralisierung

www.güggelzwang-nein.ch



Fadegrad



von Tobias Infortuna

Wasser oder Cüpli?

Seit ich montags zum Frühstück Orangensaft statt Kaffee trinke, fühle ich mich viel vitaler und ertrage deshalb die Debatten im Kantonsrat deutlich besser als früher. Das könnte allerdings auch am Wodka im Orangensaft liegen. Für einmal sehen das die Sozialdemokraten ähnlich. Sie benötigen die Stimmungsaufhellung jedoch für ihre eigenen Anlässe. Das kann man verstehen. Als ein Mitglied der SP in Zürich neulich ein Verbot von Gratis-Alkohol bei Veranstaltungen der Partei forderte, verging manchem Genossen die gute Laune. Hatten sie doch erst vor zwei Jahrzehnten den Namen Cüpli-Sozis erhalten. Diese Bezeichnung musste hart erkämpft werden. Hundert Jahre hatte es gedauert, um endlich der Bezeichnung «Partei der Arbeiterklasse» zu entkommen, mit der die Linken sowieso schon lange nichts mehr zu tun hatten, weil Arbeit etwas für andere Leute ist. Und nun sollte alles wieder vorbei sein? Weg vom Cüpli, hin zur Arbeit? Nein, das durfte nicht sein. Der Antrag gegen den Alkohol wurde zur Erleichterung vieler Sozialdemokraten abgelehnt. Sonst immer dabei, wenn die Menschen zu einem gesunden Leben erzogen werden sollen, war man sich selbst gegenüber ein bisschen milder gestimmt. Zudem ging es ja nur um den Gratis-Alkohol, und gratis sollte gemäss Linken sowieso alles im Leben sein. Stattdessen tat man schlussendlich das, was Linke immer tun, wenn sie etwas tun: eine Arbeitsgruppe bilden, um über die Sachlage zu diskutieren. Bei einem guten Glas Gratis-Wein vermutlich. Eine andere angesäuselte Idee hatte ein Grossrat der Grünen im Kanton Waadt. Er forderte analog zum Strassenverkehr eine Promillegrenze für Parlamentarier, weil der Alkohol die Realitätswahrnehmung beeinträchtigt. Seit wann müssen Grüne betrunken sein, um die Realität verzerrt zu sehen? Das wäre neu. Abgesehen davon weiss man im Welschland natürlich, dass vieles, was man über den Alkohol sagt, gar nicht stimmen kann. So heisst es ja, dass jedes Glas Wein das Leben um einen Tag verkürze. Würde das wirklich stimmen, wären die amtierenden Parlamentarier der Waadt allesamt bereits im Jahr 1785 gestorben. In der Cafeteria des Zürcher Kantonsrates gibt es jedenfalls nur Kaffee und Tee. Der Kaffee ist ungeniessbar und das Teewasser so heiss, dass man sich den Mund daran verbrennt. Das würde mit einem sozialistischen Gratis-Cüpli nicht passieren! Der nächste parlamentarische Vorstoss liegt also auf der Hand: Cüplis statt Kaffee für alle! Gratis natürlich. Das wäre auch dem politischen Miteinander zuträglich. Mit einem anständigen Alkoholpegel würden vielleicht auch die Linken und Grünen endlich einmal ein bisschen lustig. Prost!

ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER 2026

NEIN zu überhöhten Politikerlöhnen!

Am 27. September stimmen wir in der Stadt Zürich über die Entschädigung für die 125 Gemeinderäte ab. Das ist eine wichtige Abstimmung, denn die neue Regelung für die «Löhne» der Gemeinderäte enthält drei Mängel, die sich in ihrer Gesamtheit negativ auf das Gewerbe auswirken.



Susanne Brunner
Kantonsrätin SVP
Zürich

Wo in der Privatwirtschaft gibt es das? Die Lohnempfänger können sich den Lohn selber festsetzen und erhöhen diesen auf einen Schlag um 30 Prozent. Dies ist zwar gesetzlich zulässig – aber nicht minder fragwürdig, denn wir Steuerzahler, also wir, die Gewerbebetriebe, bezahlen die Löhne der Parlamentarier. Auf ein 100-Prozent-Pensum gerechnet geben sich die Gemeinderäte einen Lohn von 130 000 Franken. Für ein Milizamt ist das deutlich zu viel. Andere Schweizer Städte wie Bern, St. Gallen und Luzern entschädigen ihre Stadtparlamentarier deutlich tiefer. Noch problematischer ist zweitens, dass das Gemeinderatsamt zunehmend wie eine Erwerbstätigkeit behandelt wird. Neben der Lohnerhöhung gäbe

es neu auch eine BVG-Versicherung, Kinderzulagen, Verpflegung bei langen Sitzungen und eine höhere Entschädigung für Kommissionssitzungen. Die dritte Fehlleistung: Das Sitzungsgeld soll neu pro Viertelstunde abgerechnet werden. So verdienen die Gemeinderäte mehr, wenn sie mehr Vorstösse einreichen, längere Sitzungen abhalten und mehr schädliche Regulierungen beschliessen, die das Gewerbe belasten. Wer länger sitzt und dis-

«130 000 Franken für ein Milizamt ist deutlich zu viel.»

kutiert, verdient mehr. Damit wird ein System geschaffen, das als «Selbstbedienungsladen» bezeichnet werden kann. Ein politisches Amt ist ein Dienst an der Gemeinschaft und kein Broterwerb. Deshalb: Am 27. September NEIN zu überhöhten Politikerlöhnen!



Stimmen Sie am 27. September NEIN zu überhöhten Politikerlöhnen! Bild: zVg

SVP DIETIKON

Klares NEIN zum Lehrpersonalgesetz am 27. September 2026

An der Parteiversammlung vom Mittwoch, 26. August 2026, fasste die SVP Dietikon im Restaurant Heimat die Parolen zu den eidgenössischen und kantonalen Vorlagen vom 27. September 2026. Neo-Präsident Sandro Strässle führte gekonnt durch den Abend mit den anwesenden 19 Mitgliedern und Sympathisanten. Zu Beginn gedachte die Versammlung des verstorbenen Mitglieds Stefan Schmucki mit einer Schweigeminute.

Für die nationale Vorlage «Neutralitätsinitiative» konnte aNR Walter Wobmann verpflichtet werden. Kurz und bündig erklärte er die Volksinitiative

und ihre Vorteile. Grossmehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen fasste die SVP Dietikon die JA-Parole. Anschliessend ging es um die Ernährungsinitiative, die im

nationalen Parlament 0 Stimmen erhielt. Somit war klar, dass wir immer noch selbst entscheiden, was auf den Tisch zum Essen kommt, und entsprechend wurde einstimmig die NEIN-Parole beschlossen.

Die zwei kantonalen Vorlagen hatten es in sich. Beim ethischen Patientengesetz waren sich die Anwesenden uneinig, da es jeder Person freistehen soll, ob sie die Sterbehilfe beanspruchen will oder nicht, egal wo! Die JA-Parole wurde knapp beschlossen. Zum Lehrpersonalgesetz (LPG) referierte Rico Vontobel, Sekundarlehrer und Vizepräsident der SVP Maur. Nicht zu vergessen ist, dass das LPG 83 Millionen Franken jährlich mehr kostet, ob-

wohl die Lehrpersonen bereits fürstliche Löhne beziehen. Der Anfangslohn liegt bei mindestens 100 000 Franken; später steigt der Lohn auf maximal 163 000 Franken. Dies ist definitiv genug und somit fasste die Versammlung einstimmig die NEIN-Parole. Nach knapp 1¼ Stunden war die Versammlung zu Ende. Viele nutzten noch

«Pädagogisch wertlos. Finanziell schmerzhaft. NEIN zum LPG.»

die Gelegenheit, sich mit Walter Wobmann und Rico Vontobel auszutauschen, bevor der Abend gemütlich ausklang.

Rico Iacovelli,
Vorstandsmitglied SVP Dietikon

AUS DEM WÄDENSWILER GEMEINDERAT

Asylunterkunft «Neubüel» geht in die zweite Budget-Runde

In der Budgetdebatte 2025 kippte der Gemeinderat auf Antrag der Mehrheit der GRPK einen Investitionsbetrag von zwei Millionen Franken für eine neue Asyl- und Notunterkunft im «Neubüel» gegen den Willen des Stadtrats aus dem Voranschlag 2026. Nun hat der Stadtrat mitten im Hochsommer kommuniziert, dass er das Projekt im 2027 dennoch zu realisieren gedenke.



Charlotte M. Baer
Gemeinderätin und
Fraktionspräsidentin SVP
Wädenswil

Der Stadtrat stützt sich dabei auf seinen Beschluss vom 3. Februar 2025, wonach er für den Neubau von Asyl- und Notunterkünften am Standort «Neubüel» einen Kredit von 3,93 Millionen Franken als gebundene Ausgabe beschlossen hatte. Die fünftägige Rechts-

im laufenden Jahr 2026 noch nichts gebaut werde. Diese Vorgehensweise des Stadtrats empört nicht nur die SVP. Auch die Fraktionen des Mitte-Lagers reagieren mit Kritik.

Es wird auf Vorrat gebaut

In seinem Beschluss vom 3. Februar 2025 berief sich der Stadtrat auf ein Kontingent von 421 Asylsuchenden für Wädenswil; aktuell nennt er ein solches von 389 Personen – also immerhin 32 weniger! Des Weiteren ist in der Containersiedlung «Rötiboden» erst eine von zwei möglichen Etappen realisiert worden. Diese erste Etappe habe sich «nicht bewährt», so der Stadtrat. Was das genau heisst, führt er nicht aus. Dem Vernehmen nach passt die Unterkunft jedoch den Damen und Herren Asylsuchenden nicht! Auch die Notwohnungen im «Hänsital» werden – entgegen den ursprünglichen Informationen aus dem Stadthaus – nicht mangels Zonenkonformität stillgelegt, sondern für 700 000 Franken saniert und stehen damit weiterhin zur Verfügung.

Holzmodul- versus Stulelementbau – oder: Wird der Steuerzahler ausgehebelt?

Für die Unterkunft «Neubüel» hat der Stadtrat zunächst einen modularen Holzbau geprüft. Ein Modulbau bietet den Vorteil, dass er flexibel konzipiert, demontiert oder an anderer Stelle wieder aufgebaut werden kann. Der geschätzte Investitionsbedarf von über vier Millionen Franken unterläge dem obligatorischen Referendum. Obwohl die Asylzahlen bekanntlich variieren, favorisiert der Stadtrat demgegenüber einen festen zweistöckigen Holzelementbau. Der Grund: Dieser erlaube eine verlässliche Kostenschätzung und sei günstiger. Entsprechend bewilligt er dafür den genannten Kredit von 3,93 Millionen Franken und liegt damit gerade einmal «bescheidene» 70 000 Franken unter der Limite für eine Volksabstimmung! Aber auch gegen die aufkommende, berechnete Vermutung, die Mitsprache der Steuerzahlenden könnte durch die dargelegten Rechenbeispiele ausgehebelt werden, hat sich

der Stadtrat abgesichert, indem er die Ausgabe kurzerhand als gebunden erklärt.

Gebunden oder eben doch nicht?

Die Bewilligung gebundener Ausgaben fällt, unabhängig von deren Höhe, abschliessend in die Kompetenz des Stadtrats. Eine Ausgabe gilt dann als gebunden, wenn sie zwingend getätigt werden muss und in sachlicher, zeitlicher und örtlicher Hinsicht kein Gestaltungsspielraum besteht. Spätestens hier ist dem Stadtrat in sämtlichen Punkten zu widersprechen! Gestaltungsspielraum existiert sehr wohl: Alternative Asylunterkünfte wie bspw. eine Erweiterung im «Rötiboden» sprechen gegen eine örtliche Gebundenheit im «Neubüel». Dem Stadtrat geht es primär darum, irgendwann im kommenden Jahr «ohne unnötige Verzögerung» entscheiden und bauen zu können, womit auch eine zeitliche und sachliche Notwendigkeit entfällt. Fakt ist stattdessen, dass zumindest der Gemeinderat das letzte Wort in dieser Sache haben muss. Die SVP-Fraktion wird an vorderster Front dafür kämpfen, dass nicht unnötig Steuergelder für ein überbordendes Asylwesen budgetiert und verschleudert werden!

«Die SVP setzt sich konsequent gegen ein überborden-des Asylwesen ein.»

mittelfrist gegen diesen amtlich publizierten Beschluss sei längst unbenutzt verstrichen und die Rechtskraft eingetreten. Den gemeinderätlichen Budgetbeschluss respektiere er insofern, als

ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER 2026

Gratisarbeit an der Zürcher Volksschule?

Bei der kantonalen Abstimmung über die Lohnerhöhung für Zürcher Lehrer geht es um viel Geld: Eine Annahme würde Mehrkosten von 83 Millionen Franken auslösen. Genau deshalb verdient das wichtigste Argument der Befürworter besondere Prüfung: die angebliche Überzeit der Lehrer.



Régis Ecklin
Vizepräsident SVP Zollikon
Zollikon

Beginnen wir beim harten Kern: Ein 100-Prozent-Pensum an der Zürcher Volksschule umfasst maximal 29 Lektionen. In Zeitsunden umgerechnet, sind das 21 Stunden und 45 Minuten. Doch seien wir grosszügig und rechnen die Pausen als Arbeitszeit mit ein. Man richtet das Material, leistet Pausenaufsicht oder steht am Drucker Schlange. Ein typischer Schultag von 08.20 bis 11.50 und 13.30 bis 15.05 ergibt dann fünf Stunden und fünf Minuten Arbeitszeit. Da der Mittwochnachmittag traditionell frei bleibt, kommen wir auf eine wöchentliche Netto-Zeit von 23 Stunden und 50 Minuten.

Der Kanton Zürich rechnet heute bei einem 100-Prozent-Pensum mit 1890 Jahresarbeitsstunden, also mit einer 40-Stunden-Woche bei fünf Wochen Ferien. Bereits das ist grosszügig. Um auf diese 40 Stunden zu kommen, müssten nämlich zusätzlich zur Unterrichtszeit (also zu den 23 Stunden und 50 Minuten) jede Woche über 16 Stunden für Vorbereitung, Sitzungen und Elternkontakte anfallen. Nicht in der Zeugnisphase, nicht in einem Klassenlager, sondern im Durchschnitt. Woche für Woche, das ganze Jahr. Diese Vorstellung kann getrost als gewerkschaftliche Folklore verbucht werden.

Zusätzlich müssten Lehrer während 8 von 13 Ferienwochen Vollzeit arbeiten, um auf 1890 Arbeitsstunden zu

kommen. Nicht an einzelnen Tagen ausdrucken, aufräumen oder planen, sondern während 8 von 13 Ferienwochen je 40 Stunden arbeiten. Wer die gespenstische Leere in den Schulhäusern während der Schulferien und den ausgeprägten Ferienhabitus der Lehrerschaft kennt, weiss, dass auch diese Rechnung illusorisch ist. Der Kanton Zürich ist also mit seiner Berechnung der geleisteten Arbeitszeit bereits jetzt über alle Massen wohlwollend.

Doch nun setzt der Zürcher Lehrerverband (ZLV) noch einen drauf und behauptet, der tatsächliche Arbeitsaufwand liege sogar zwischen 2086 und 2222 Stunden pro Jahr. Auf eine reguläre 47-Wochen-Basis (wieder mit fünf Wochen Ferien) heruntergebrochen, entspräche dies einer Wochenarbeitszeit von 44 bis 47 Stunden. Auf dieses arithmetische Luftschloss («bis zu acht Wochen Gratisarbeit») stützt der Verband seine Forderung nach noch mehr Lohn.

Statistik des Eigeninteresses

Doch wie kommen diese Phantasiezahlen zustande? Die Erhebung, auf die sich der Lehrerverband beruft, ist ein Lehrstück in Sachen «Bias». Befragt wurden rund 10000 Deutschschweizer Lehrer. Diese mussten aktive Mitglieder einer Lehrerorganisation sein. Man fragte also die Klientel, die ein direktes Interesse an einer hohen Zahl hat – und auch noch politisch genug tickt, um die gewünschten Ergebnisse zu liefern. Protokolliert wurde zudem nur eine einzige Woche. Und zwar via Selbstdeklaration.

Hinzu kommt, dass mehrheitlich Teilzeitangestellte befragt wurden. Diese

geben oft an, dass sie «fast so viel wie Vollzeitler» arbeiten, da Sitzungen und Absprachen proportional mehr Zeit einnehmen. Wenn man deren subjektiv gefühlte Arbeitszeit dann mathematisch auf 100 Prozent hochrechnet, entstehen schnell utopische Jahreszahlen. Kurzum: Die Umfrage des Lehrerverbands missachtet grundlegendste methodische Standards und ist für eine seriöse Debatte unbrauchbar.

Teilzeit zur Tugend erhoben

Der Lehrerverband nutzt auch gleich die Gelegenheit, um die weit verbreitete Teilzeitquote im Sinne seiner Agenda zu deuten: Die hohe Teilzeitquote sei «Ausdruck einer hohen Professionalität», denn Lehrer würden lieber ihr Pensum reduzieren, als am Unterricht zu sparen. Das klingt allzu nobel, aber die Erklärung für die vielen Teilpensen dürfte weit prosaischer sein: Als Lehrer verdient man bereits heute so viel, dass man auch mit einem Teilpensum problemlos über die Runden kommt. Daher wäre eine Lohnerhöhung umso vermessener.

Die anstehende Abstimmung ist also weniger eine Frage der Gerechtigkeit als vielmehr der Versuch, eine ohnehin privilegierte Gruppe mit noch mehr Steuergeldern zu alimentieren. Zweifellos hat der Lehrerberuf – so wie alle anderen Berufe auch – anstrengende Seiten. Aber es sind nicht die Arbeitszeiten. Wer dem Steuerzahler 83 Millionen Franken Mehrkosten erklären will, braucht mehr als ein Gefälligkeitsgutachten aus der eigenen ideologischen Echokammer. Er braucht Zahlen, die den Realitätscheck bestehen. Diese tun es nicht.

SVP DÄNIKON-HÜTTIKON

2228 Seiten gegen unsere Selbstbestimmung

Rund 100 Personen folgten am 27. August 2026 der Einladung der SVP-Ortssektion Dänikon-Hüttikon im Tenn des Strohdachhauses. SVP-Präsident und Nationalrat Marcel Dettling nahm den EU-Unterwerfungsvertrag unter die Lupe – und gab Einblick in die politischen Taktiken in Bern.

Das Interesse war gross: Gegen 100 Personen aus dem Furttal, den umliegenden Gemeinden und dem aargauischen Würenlos wollten mehr über das 2228 Seiten starke Vertragswerk mit der EU erfahren. Der laue Sommerabend und das Ambiente im Tenn und vor dem Strohdachhaus boten dafür den passenden Rahmen. Im Zentrum stand von Beginn weg die entscheidende Frage: Was bleibt von unserer Selbstbestimmung?

Eckwerte und Erfahrungen aus Bern

Gekonnt führte Marcel Dettling durch die Eckwerte des Abkommens und machte deutlich, welche Folgen die dynamische Rechtsübernahme und fremde Richter für die Schweiz hätten. Besonders aufmerksam verfolgten die Gäste seine Schilderungen aus dem Bundeshaus – dort, wo rund um den Rahmenvertrag mit politischer Taktik gearbeitet wird. Der SVP-Präsident sprach Klartext und liess dabei auch persönliche Erlebnisse einfließen.

Fragen zur Kompass-Initiative

Das Publikum lauschte nicht nur, sondern brachte sich ein. Gefragt wurde unter anderem, wie Dettling die Situation rund um die Kompass-Initiative

einschätze. Der Präsident zeigte die möglichen Szenarien auf und ordnete ein, welche Wege dem Souverän offenstehen, um am Ende selbst über diesen Vertrag befinden zu können. Der offene Austausch wurde von den Anwesenden sehr geschätzt.

Der letzte Cervelat

Zum Abschluss gab es ein typisch schweizerisches Mahl: Kantonsrätin Beatrice Derrer und Gemeinderat Fabian Schenkel offerierten den Gästen den «letzten Cervelat». Der Grund für die Namensgebung ist die Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)». Sie will den Speiseplan der Schweizerinnen und Schweizer in Richtung pflanzliche Lebensmittel lenken – Bevormundung statt Wahlfreiheit auf dem Teller. So blieb der Abend in doppelter Hinsicht ein Bekenntnis zur Selbstbestimmung: bei der Aussenpolitik wie beim Znacht. Die Diskussionen gingen bei Wurst und Brot noch lange weiter.

*Fabian Schenkel,
Gemeinderat und
Präsident SVP Dänikon-Hüttikon*



Eine volle Scheune: Gegen 100 interessierte Teilnehmer lauschten den Ausführungen von SVP-Präsident Marcel Dettling in Hüttikon.

Bild: zVg

SVP BEZIRK ANDELFINGEN

SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann referiert in Marthalen über EU-Rahmenabkommen und Neutralitätsinitiative

Im Rahmen des traditionellen Polit-Lunchs der SVP-Bezirkspartei Weinland bezog Nationalrätin Barbara Steinemann am 2. September 2026 in der Marthaler Dorfbeiz «Ochsen» klar Stellung zu aktuellen eidgenössischen Kernthemen. Die studierte Juristin warnte eindringlich vor den gravierenden Nachteilen des geplanten Rahmenabkommens mit der Europäischen Union (EU) und betonte die immense Bedeutung der kommenden Abstimmung über die Neutralitätsinitiative.

Eröffnet wurde der Polit-Lunch von Paul Mayer, ehemaliger Kantonsrat und OK-Präsident des SVP-Schiessens in Marthalen 2026. Er begrüusste die interessierte Zuhörerschaft, unter die sich auch der Marthaler SVP-Gemeindepräsident und Neo-Kantonsrat Matthias Stutz gemischt hatte.

Massive Kritik am EU-Rahmenabkommen

Im Zentrum von Steinemanns Ausführungen stand das bilaterale Verhältnis zur EU. Die Nationalrätin hob hervor, dass das EU-Vertragspaket ihrer Ansicht

nach dem Volks- und Ständemehr unterstellt werden müsse. Während der Ständerat das doppelte Mehr durchgewinkt hatte, zeigte sich der Nationalrat ablehnend. Steinemann erinnerte daran, dass der föderale Minderheitenschutz durch die Mehrheit der Kantone seit 1848 historisch verankert sei – ein Prinzip, das sich bereits beim EWR-Entscheid bewährt habe. Dass die politische Linke heute von diesem bewährten Minderheitenschutz nichts mehr wissen wolle, kritisierte sie.

Das Vertragswerk berge laut der Juristin zahlreiche versteckte, folgen schwere Zugeständnisse an Brüssel. Konkret nannte sie:

- Finanzielle Verpflichtungen: Enorme, teils rückwirkende Zahlungen an die EU, bei denen die Schweiz keinerlei Mitspracherecht besässe.
- Verkehrspolitik: Eine drohende Aufweichung des Landverkehrsabkommens durch die Zulassung von 60-Tonnen-Monsterlastwagen (Gigaliner), was einschneidende Infrastrukturanpassungen erzwingt.
- Bürokratie im Alltag: Die Übernahme von EU-Lebensmittelrecht, welches bis in das lokale Brauchtum eingreife. So könnten strenge Zertifizierungspflichten für Küchen die Durchführung von traditionellen Chilbimärkten verunmöglichen.
- Zuwanderung: Eine fatale Ausweitung der Personenfreizügigkeit, die künftig Rechtsansprüche auf Dauer-

aufenthalt und Familiennachzug für Personen aus aller Welt nach sich ziehen könnte.

- Energie-Souveränität: Eine Verlagerung der Stromgesetzgebung nach Brüssel, wodurch die Schweiz die Hoheit über ihre eigene, sichere Versorgung aufs Spiel setze.

Fokus auf die Neutralitätsinitiative

Ein weiteres zentrales Anliegen war Steinemann die Neutralität der Schweiz. Sie bedauerte ausserordentlich, dass zur Neutralitätsinitiative kein parlamentarischer Gegenvorschlag zustande gekommen ist.

Mit Blick auf die anstehende Volksabstimmung warnte sie vor internationaler Fehlinterpretation im Falle einer Ablehnung: Ein «Nein» an der Urne könnte im Ausland fälschlicherweise als Abkehr der Schweizer von ihrer traditionellen Neutralität gedeutet werden. Kritisierte Musterbeispiele aktueller Aussenpolitik – wie das Auftreten von Bundesrat Ignazio Cassis gegenüber dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskyj – hätten bereits falsche, nicht neutrale Signale gesendet. Sie schloss mit der Hoffnung, dass das Schweizer Stimmvolk die Tragweite der Neutralitätsinitiative erkenne und an der Urne das richtige Signal sende.

*Andi Widmer,
Präsident SVP Laufen-Uhwiesen*



Alt Kantonsrat Paul Mayer und Nationalrätin Barbara Steinemann. Bild: zVg

SVP RUSSIKON

Intensive Diskussionen an der Parteiversammlung

Die Parteiversammlung der SVP Russikon vom 1. September 2026 stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Abstimmungen vom 27. September 2026.

Präsident Stefan Fehr eröffnete den Abend mit einer Standortbestimmung zu den aktuellen politischen Gefahren und Herausforderungen für die Schweiz. Passend dazu sorgte auch das gezeigte «Asterix»-Bild für einen pointierten Einstieg in den politischen Abend.

Parolenfassung für die Abstimmungen vom 27. September

Als Gastreferent erläuterte Kantonsrat Tobias Infortuna die beiden kantonalen Abstimmungsvorlagen und zeigte deren Hintergründe und Auswirkungen auf. Nach der anschliessenden Diskussion fassten die Anwesenden für beide kantonalen Vorlagen die NEIN-Parole.

Danach standen die beiden eidgenössischen Vorlagen im Mittelpunkt. Die Informationen und unterschiedlichen Aspekte regten die anwesenden Mitglieder und Gäste zu intensiven Diskussionen an. Es wurde engagiert argumentiert, nachgefragt und über die möglichen Folgen der Vorlagen debattiert. Bei der anschliessenden Parolenfassung sprach sich die Versammlung für ein

JA zur Neutralitätsinitiative und ein NEIN zur Ernährungsinitiative aus.

Informationen aus dem Kantonsrat

Als weiteren Gast durfte die SVP Russikon Kantonsrat René Truninger begrüssen. Zum Abschluss berichtete René Truninger aus dem aktuellen Betrieb des Kantonsrates – und hatte zugleich Grund zum Feiern: Mit dem Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen und dem Handyverbot an den Schulen konnten im Rat zwei aus Sicht der SVP richtungsweisende Abstimmungen gewonnen werden.

Damit ging eine gelungene Parteiversammlung zu Ende, an der nicht nur über Politik gesprochen, sondern die direkte Demokratie aktiv gelebt wurde. Die intensiven und engagierten Diskussionen zeigten, wie wichtig der persönliche Austausch und die offene Auseinandersetzung mit politischen Fragen für die Meinungsbildung sind.

*Stefan Fehr,
Präsident SVP Russikon*

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.





Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.



SVP STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsi, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil/Dürnten
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Arcade Restaurant und Bar, Bubikonstrasse 43A, Dürnten.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss <https://event.evagic.com/svp-uster>.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 25. Oktober 2026, 10.00 Uhr, Frühlischoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf
Freitag, 11. September 2026, 18.30 Uhr, Polit-Grill, Waldhütte Ettenberg, Howielstrasse 27, Birmensdorf, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

Bezirk Dietikon/Urdorf
Samstag, 12. September 2026, 09.00 Uhr, Standaktion, Themen: Abstimmungsvorlagen, insbesondere Neutralitätsinitiative.

Bezirk Pfäffikon/Illnau-Effretikon
Samstag, 12. September 2026, 08.00 Uhr, auf dem Märtplatz Effretikon, Standaktion

zur Neutralitätsinitiative mit Kantonsrat René Truninger. Gratis Cervelat und Käse.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Dienstag, 27. Oktober 2026, 17.30 Uhr, Jass-turnier, Dänus Lounge, Seestrasse 27, Pfäffikon, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 18. Oktober 2026 unter www.svp-pfaeffikon.ch.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Freitag, 18. September 2026, 18.30 Uhr, Herbstparty, Schützenhaus, Schützenhof 5, Russikon, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Stadt Zürich/Kreis 6 & 10
Samstag, 3. Oktober 2026, 14.00 Uhr, Büchervernissage, Buchvernissage: «Wipkingen 1940 – Widerstand in allen Formen». Lichtbildvortrag von Martin Bürlimann und Kurt Gammeter, mit Führung durch den Landenberg-Bunker. Habsburgstrasse, Eingang zur Sanitätshilfsstelle Landenberg. Platzzahl beschränkt, Anmeldung: info@wibichinga.ch oder 078 640 84 18.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 12. September 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 19. September 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Sonntag, 20. September 2026, 10.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern, mit Regierungsrätin Natalie Rickli und Regierungsratskandidat Martin Hübscher.

Freitag, 30. Oktober 2026, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 25. September 2026, 17.00 Uhr, Oktoberfest, Treffpunkt vor der Landihalle, Quellenstrasse 6, Uster. Kosten: 68 Franken. Anmeldung an wanner@jsvp-zh.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 18. September 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Lorzensaal, Dorfplatz 3, Cham ZG, mit den Nationalräten Magdalena Martullo-



Kantonsrat Zürich
Parlamentsdienste

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

ein Ersatzmitglied für das Obergericht (SVP)

per 1. Oktober 2026 für den Rest der Amtsdauer 2025-2031

Das Obergericht des Kantons Zürich ist Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Ferner ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens.

Anforderungen

- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht
- Vertrautheit und sicherer Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen
- Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude
- Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Der Sitz wird von der Fraktion der SVP beansprucht.

Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1991 (LS 212.53).

Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie im Internet unter www.gerichte-zh.ch

Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67 (erreichbar am Montag, Dienstag und Donnerstag)

Interessiert?

Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum 29. September 2026 unter folgendem Bewerbungslink:

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Blocher, Martin Haab und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.

Sonntag, 20. September 2026, 09.30 Uhr, Gipfeltreffen der Kantone SG/TG/ZH, Mehrzweckhalle, Kirchweg 5, Mühlrüti SG, mit Nationalrat Bruno Walliser.

Samstag, 26. September 2026, bis Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Vorschiesen am Samstag, 12. September 2026, Schützenhaus, Schützehusstrass 7, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-schiessen.ch.

Mittwoch, 30. September 2026, 09.45 Uhr, Alträte-Treffen, WIN4 Ballsport-Arena, Grüzefeldstrasse 32, Winterthur. Besuch und Führung. Weitere Informationen unter t.f.weber@bluewin.ch.

Donnerstag, 22. Oktober 2026, 19.00 Uhr, Fiire mit de SVP, Chesselhuus, Tumbelenstrasse 6, Pfäffikon.

Freitag, 13. November 2026, 18.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Allmendstrasse 5, Regensdorf, mit Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Festwirtschaft.





Jetzt anmelden!

43. Kantonales

SVP-Schiessen

12. / 26. - 27. Sept. 2026

Schützenhaus Marthalen

Schützehusstrass 7, 8460 Marthalen

ALLE SIND HERZLICH EINGELADEN!

Zum Standort



Schiessbetrieb	Samstag, 12.09.26	09.00 - 16.00 Uhr
	Samstag, 26.09.26	09.00 - 16.00 Uhr
	Sonntag, 27.09.26	08.30 - 12.00 Uhr

Festansprachen & Absenden



Romaine Rogenmoser
Präsidentin des Kantonsrats, SVP

Musikprogramm



Sa 26.9. 15:30–18:00:
Winti Fäger
So 10:00–14:00:
Echo vom Arni

Weitere Informationen
svp-schiessen.ch





Gold-Sponsoren

- DOHNER AG, Andelfingen
- Nägeli & Co Baugeschäft, Marthalen
- Stutz AG Baggerunternehmung, Marthalen

Volksabstimmung vom 27. September 2026

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»	JA
2. Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)»	NEIN

Kantonale Vorlagen

1. Lehrpersonalgesetz (LPG) (Änderung vom 2. März 2026; Anpassung neu definierter Berufsauftrag)	NEIN
2. Patientinnen- und Patientengesetz und Gesundheitsgesetz (Änderung vom 30. März 2026; Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Selbstbestimmung am Lebensende auch in Alters- und Pflegeheimen»)	NEIN